

Ausschuß für Innere Verwaltung
8. Sitzung

20.02.1986

3. zur Deckung bei Tit. 775 00 - Baumaßnahmen Landesbehördenhaus/Polizeipräsidium Bonn, 5. Teilbetrag - den Ansatz um 500 000 DM zu kürzen (s. Anlage 1),

werden einstimmig angenommen.

Der Antrag der SPD, den Ansatz bei Kap. 03 110 Tit. 811 20 - Erwerb von Wasserfahrzeugen - um 51 000 DM zu erhöhen und zur Deckung bei Kap. 03 110 Tit. 812 16 - Erwerb von verwaltungseigenen Fernmelde- und Funkanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören - eine Kürzung von 51 000 DM vorzunehmen (s. Anlage 2, S. 1 und 2), wird bei Enthaltung der F.D.P. mit den Stimmen von SPD und CDU angenommen.

Die Anträge der SPD, bei Kap. 03 010 Tit. 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter) - die Zahl der Oberamtsratsstellen von 96 auf 95 zu verringern und bei Kap. 03 310 Tit. 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter) - die Zahl der Regierungsdirektorenstellen von 98 auf 99 zu erhöhen (s. Anlage 2, S. 3 und 4), werden bei Enthaltung der F.D.P. mit den Stimmen von SPD und CDU angenommen.

Der Antrag der SPD, bei Kap. 03 370 Tit. 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter) - eine Regierungsoberamtsratsstelle neu einzurichten und zur Deckung bei Kap. 03 370 Tit. 427 10 - Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige - den Ansatz um 25 000 DM zu kürzen sowie bei Kap. 03 820 Tit. 425 10 - Bezüge der Angestellten - eine Stelle der Verg.Gr. BAT V b/ V c abzusetzen (s. Anlage 2, S. 5), wird bei Enthaltung der CDU und der F.D.P. mit den Stimmen der SPD angenommen.

Der Antrag der F.D.P., bei Kap. 03 630 Tit. 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter) - 2 Planstellen der Bes.Gr. A 15 neu aufzunehmen und 1 Planstelle der Bes.Gr. A 12 abzusetzen (s. Anlage 3, S. 1), dem auch die CDU zustimmt, wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

Der Antrag der F.D.P., den Ansatz bei Kap. 03 020 Tit. 531 00 - Öffentlichkeitsarbeit - um 21 000 DM zu kürzen (s. Anlage 3, S. 2), den auch die CDU befürwortet, wird ebenfalls mit den Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

Die Abstimmung über die Anträge zum Personaletat der Polizei sowie die Gesamtabstimmung über Einzelplan 03 sollen am 27. Februar 1986 erfolgen.

Ausschuß für Innere Verwaltung
8. Sitzung

20.02.1986

- 2 Siebtes Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/630
Vorlage 10/287

Nach einführenden Darlegungen von StS Dr. Munzert
berät und entscheidet der Ausschuß über den Gesetz-
entwurf.

Die SPD beantragt folgende Änderung:

- a) In Artikel I wird hinter Nummer 1 folgende
Nummer 2 eingefügt:
2. In § 187 Absatz 3 werden die Worte "§ 86
Abs. 2" durch die Worte "§ 86 Abs. 3" er-
setzt.
- b) In Artikel I wird die bisherige Nummer 2
Nummer 3.

Der Gesetzentwurf wird mit dieser Änderung einstim-
mig angenommen.

Berichterstatter: Abg. Frechen (SPD)
(Beschlußempfehlung s. Drucksache 10/752.)

- 3 Bewertung der Verfassungskonformität des neuen
Demonstrationsrechts durch die Landesregierung
Bericht des Innenministers

Der Ausschuß nimmt einen Bericht des StS Dr. Munzert
entgegen und debattiert anschließend über die Ver-
fassungskonformität der neuen Vorschriften sowie
über die Haltung der Landesregierung zu dieser Frage.

- - - - -

Ausschuß für Innere Verwaltung
8. Sitzung

20.02.1986
ei-mm

Aus der Diskussion

Abg. Reinhard (SPD) beantragt zur Tagesordnung, die Beratung des Haushaltsgesetzes - Punkt 3 laut Einladung - als ersten Punkt zu behandeln. - Der Ausschuß ist einverstanden.

Zweitens äußert Abg. Reinhard (SPD) die Bitte, bei der Abstimmung über die Anträge zum Haushaltsgesetz heute den Personaletat der Polizei auszuklammern. Die SPD müsse ihre Vorschläge dazu in der nächsten Fraktionssitzung am kommenden Dienstag noch einmal beraten. Nach seinem Eindruck sei die CDU-Fraktion mit ihrer Willensbildung ebenfalls noch nicht am Ende; denn in der gestrigen Sitzung des Rechtsausschusses habe sie für ihre Anträge keine Deckungsvorschläge vorgelegt.

Er sei aber der Auffassung, daß der Ausschuß für Innere Verwaltung auch über den Personaletat ein Votum abgeben und die Willensbildung nicht allein dem Haushalts- und Finanzausschuß überlassen sollte. Deshalb schlage er vor, sich auf einen Sitzungstermin in der nächsten Woche zu verständigen, um noch vor der Abstimmungssitzung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Anträge zu den Personaliteln des Kap. 03 110 zu entscheiden.

Abg. Paus (CDU) stellt klar, daß die CDU in der gestrigen Sitzung des Rechtsausschusses sehr wohl Deckungsvorschläge angekündigt habe, allerdings nicht aus Einzelplan 04, sondern aus dem Gesamthaushalt. Das gleiche sei für heute vorgesehen. Seine Fraktion sei in der Lage, die Anträge zum Personaletat heute zu stellen, sperre sich aber nicht gegen eine Sitzung in der nächsten Woche, falls sich ein geeigneter Termin finde.

Nach kurzer Aussprache einigt sich der Ausschuß darauf, am Donnerstag, dem 27. Februar 1984, um 10 Uhr zu einer Sitzung zusammenzutreten, in der über die Anträge zum Personaletat der Polizei abgestimmt werden soll.

Ausschuß für Innere Verwaltung
8. Sitzung

20.02.1986
ei-mm

Zu 1: Haushaltsgesetz 1986

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/450, 10/451, 10/500 und 10/650

Einzelplan 03 - Innenminister

Vorlagen 10/197, 10/198, 10/199, 10/221 und 10/227
Zuschriften 10/193, 10/258 und 10/262

Der Vorsitzende bittet die Fraktionen, ihre Anträge vorzutragen und zu begründen.

Abg. Reinhard (SPD) berichtet, die SPD-Fraktion habe in ihrer Sitzung am letzten Dienstag lange über die Möglichkeit diskutiert, Überstunden abzubauen. Es habe keinen Zweifel darüber gegeben, daß etwas geschehen müsse; denn man könne nicht immer nur die Unternehmer auffordern, Überstunden abzubauen, sondern müsse als öffentlicher Dienstherr selbst beispielhaft etwas tun. Da es aber schwierig sei, die für den Abbau von Überstunden benötigte Zahl von Stellen exakt zu beziffern, habe man sich darauf verständigt, einen Pool für alle Ressorts zu bilden, aus dem dann durch Bereitstellung zusätzlicher Stellen Überstunden abgebaut werden könnten. Die Landesregierung solle nach dem Willen seiner Fraktion den Auftrag erhalten, exakt auszurechnen, wie die einzelnen Ressorts aus diesem Pool bedient werden müßten. Nach globalen Schätzungen könne das bedeuten, für die Polizei etwa 200 zusätzliche Stellen im gehobenen und mittleren Dienst einzusetzen. Man sei sich darüber im klaren, daß die Überstunden nicht auf Null reduziert werden könnten, wolle sie aber auf das Notwendige beschränken.

Was die Möglichkeit einer Strukturverbesserung im mittleren Dienst angehe, bestehe die Hoffnung, daß die prozentualen Anteile der einzelnen Besoldungsgruppen durch eine Novellierung der Stellenobergrenzenverordnung des Bundes verändert würden. Die SPD-Fraktion erwarte von der Landesregierung, daß sie die nach der Stellenobergrenzenverordnung gegebenen Möglichkeiten ausschöpfe.

Abg. Reinhard bezieht sich sodann auf die schriftlich vorliegenden Anträge seiner Fraktion. Er stellt zunächst die - in Anlage 1 wiedergegebenen - Anträge, mit denen eine Veränderung im Bauetat zugunsten von Baumaßnahmen für die Polizeistationen in Langenfeld und Bad Salzuflen erreicht werden solle, wobei die Deckung aus Kap. 03 110 Tit. 775 00 - Landesbehördenhaus/Polizeipräsidium Bonn - erfolge. Eine genaue Begründung könne durch Kollegen aus seiner Fraktion vorgenommen werden.

Ausschuß für Innere Verwaltung
8. Sitzung

20.02.1986
ei-mm

Der Redner trägt ferner die - in Anlage 2 zu diesem Protokoll wiedergegebenen - Anträge vor, die sich die SPD-Fraktion auf Wunsch der Landesregierung zu eigen mache. Durch Zeitablauf hätten sich gewisse Veränderungen als notwendig erwiesen; die Begründung könne gegebenenfalls durch Vertreter der Landesregierung erfolgen.

Abg. Paus (CDU) kündigt an, daß die CDU-Fraktion den bereits in der letzten Sitzung von der SPD angekündigten Anträgen zum Baupersonal der Polizei zustimmen werde.

Zum Personaletat der Polizei meine die CDU, daß die Stellensituation dringend Maßnahmen erfordere. Den vorgesehenen Personalabbau halte seine Fraktion angesichts des Aufgabenanstiegs bei der Polizei für nicht vertretbar. Auch wenn für freigestellte Personalratsmitglieder 108 Stellen geschaffen würden, ändere das nichts an der beabsichtigten Abbaquote von 0,5 %.

Die Haushaltsberatungen der CDU-Fraktion hätten das Ergebnis gebracht, daß für Verbesserungsmaßnahmen im Bereich der Polizei 20 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden sollten. Die Deckung solle durch Umschichtungen im Gesamthaushalt erreicht werden, die im Haushalts- und Finanzausschuß im einzelnen erläutert würden.

Der Redner nennt sodann die - den Ausschußmitgliedern ebenfalls vorliegenden - Anträge der CDU:

1. Die Stellenpläne der Schutz- und Kriminalpolizei sollten wieder getrennt werden, wobei es sich um eine alte Forderung der CDU handle.
2. Der Phasenbeschluß solle zunächst für den mittleren Dienst aufgehoben werden, um die volle Nachschlüsselung der Stellen zu ermöglichen, wofür - nach Auskunft des Innenministers im Haushalts- und Finanzausschuß - 2,5 Millionen DM erforderlich seien. Abweichend von dem ursprünglichen Fraktionsbeschluß solle der Ansatz gegenüber dem schriftlich vorliegenden Antrag um weitere 5 Millionen DM erhöht werden, um den Phasenbeschluß im gehobenen Dienst ebenfalls aufheben und die sich daraus ergebenden Beförderungsmöglichkeiten zu 50 % ausnutzen zu können.
3. Für die Einrichtung von 2 000 neuen A-7-Planstellen zum Zwecke der Beförderung von Polizeihauptwachtmeistern von Bes.Gr. A 6 nach Bes.Gr. A 7 solle der Ansatz um 2,2 Millionen DM erhöht werden.
4. Um den Personalabbau zurückzunehmen, sollten weitere 300 Stellen für Polizeianwärter in Bes.Gr. A 6 ausgewiesen werden, was nach Schätzungen seiner Fraktion eine Erhöhung des Ansatzes um 9 Millionen DM notwendig mache.

Ausschuß für Innere Verwaltung
8. Sitzung

20.02.1986
ei-mm

5. Zum Abbau der bezahlten Überstunden, die nach den erhaltenen Informationen im wesentlichen bei der Kriminalpolizei anfallen, werde vorgeschlagen, die Zahl der Planstellen in Bes.Gr. A 9 bei der Kriminalpolizei um 55 zu erhöhen.

(Diese Anträge, über die erst in der nächsten Sitzung entschieden wird, sind in der Anlage zu APR 10/206 wiedergegeben.)

Frau Abg. Larisika-Ulmke (F.D.P.) verweist auf die den anderen Fraktionen bereits übermittelten Anträge ihrer Fraktion. Heute zur Abstimmung gestellt werde erstens der in der letzten Sitzung bereits angekündigte Antrag, beim Landesbeauftragten für den Datenschutz 2 Planstellen der Bes.Gr. A 15 aufzunehmen und 1 Planstelle der Bes.Gr. A 12 zu streichen. - Zweitens beantrage sie, bei der Öffentlichkeitsarbeit eine Kürzung um 21 000 DM - das seien 10 % des Ansatzes - vorzunehmen, weil nach Meinung der F.D.P. der Wille zur Sparsamkeit gerade in diesem Bereich deutlich gemacht werden müsse. (Diese Anträge sind in Anlage 3 wiedergegeben.)

Bezüglich des Personaletats der Polizei gehe es der F.D.P. zum einen um die Trennung der Stellenpläne der Schutz- und Kriminalpolizei. Nach ihrer Auffassung habe die Zusammenlegung der Stellenpläne keineswegs Probleme beseitigt, sondern im Gegenteil zu einer erheblichen Rivalität zwischen Schutz- und Kriminalpolizei geführt. - Zum anderen wolle die F.D.P. den Beförderungsstau in Bes.Gr. A 6 beseitigen und dafür eine Ansatzserhöhung um 2 Millionen DM beantragen. Sie gehe davon aus, daß diesbezüglich Übereinstimmung zu erzielen sei.

Den Anträgen der SPD-Fraktion zu den baulichen Maßnahmen werde sie zustimmen.

Den von der CDU-Fraktion angekündigten, sehr weitgehenden Anträgen zum Personaletat der Polizei werde sie nicht zustimmen können, weil die F.D.P. im Hinblick auf die finanzielle Situation auch in dem Bereich nur maßvolle Anhebungen für vertretbar halte. Ein weiterer Grund dafür sei, daß die F.D.P. bei Betrachtung der Gesamtsituation des Einzelplans 03 eine Konzeption für den Bereich der inneren Sicherheit vermisste. Zumindest sei keine langfristige Konzeption der Arbeit der Polizei unter Berücksichtigung der zunehmenden Belastung durch bestimmte Kriminalitätsbereiche erkennbar. Die Landesregierung sei deshalb gefordert, eine solche Konzeption zu erstellen, die die Schwerpunkte aufzeige und erkennen lasse, inwieweit die Forderung nach einer Polizeidichte von 1 : 400 verwirklicht werden könne. Für falsch hielte sie, der Polizei nun nach dem Gießkannenprinzip etwas zu geben bzw. nach dem Motto vorzugehen: Wer am stärksten fordert, wird im Moment berücksichtigt. - Zunächst sei es notwendig, für die Polizeiarbeit auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung in Nordrhein-Westfalen ein neues Konzept zu erarbeiten.